



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/295 - 20.12.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Rückblick auf Strassburg	S. 1
Kirchturmpolitik der badischen CDU	S. 3
Der Mörder höhnte noch sein Opfer	S. 5
Die Praktiken des "Stern"	S. 6

-----  
E u r o p a - vom Fundament her  
-----

Von Dr. Karl Mommer MdB

Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates

Die gegenwärtigen Bemühungen um Europa gehen von zwei Gesichtspunkten aus, die notwendigerweise das Zerrbild eines harmonisch geeinten Europa ergeben müssen. Der eine ist der der notwendigen Verteidigung gegen einen immer möglichen Vormarsch der Russen nach dem Westen. Es wird unterstellt, dass die Verschmelzung der schwachen militärischen Kräfte der westeuropäischen Nationalstaaten ein Starkes ergebe, das in der Lage sei, sich der Dampfwalze aus dem Osten entgegenzustellen. Man sagt, der Angriff stehe ständig unmittelbar bevor, man müsse sich schnell einigen oder untergehen. In Wirklichkeit ergibt wenig plus wenig noch lange nicht viel. Ausserdem weiss jedermann, dass die Eingliederung deutscher Militärkräfte, die sinnvoll nur auf lange Sicht erfolgen könnte, die unmittelbaren Gefahren nicht nur verringert, sondern im Gegenteil wegen der ungewissen russischen Reaktion vergrössert.

Ein zweiter Gesichtspunkt, der der notwendigen Eingliederung Deutschlands in das westliche Staatensystem, führt zu Konsequenzen, die unter den gegenwärtigen Umständen für die Sozialdemokraten noch unannehbarer sind. Diese Eingliederung ist nicht möglich ohne Liquidierung der Siegerpolitik von 1945 und ohne eine neue Politik der gleichberechtigten Partnerschaft. Das Lippenbekenntnis hierzu - und auch dies noch mit Einschränkungen! - wird abgelegt. Aber es wird der Versuch gemacht, Deutschland mit minderem Recht in die neuen Organisationen und Institutionen eingehen zu lassen. Die Schwäche der gegenwärtigen Position der Bundesrepublik wird in den Verträgen fixiert und, leider Gottes, von der Bundesregierung akzeptiert. Die ganze Europapolitik, wie sie von Paris ausgeht und unter amerikanischem Druck durchgeführt wird, kann nur als Fortsetzung von

Besatzungspolitik mit anderen Mitteln verstanden werden.

Zurzeit geht man an den Bau des Hauses Europa nicht von den Fundamenten, sondern vom Dach bzw. dieser oder jener Seitenwand her heran. Man schneidet ein Stück aus dem grossen Gebiet der europäischen Wirtschaft heraus, auf dem die Gemeinschaft den Starken nur Vorteile bringt und die Nachteile dem Besiegten zufallen. Man will eine gemeinsame Armee bauen, die - man blicke nur auf die Geschichte der deutschen Einigung - nur am Ende eines langen Föderationsprozesses stehen kann. Man betreibt die politische Föderation ohne die dafür notwendigen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen zu haben - denn der Schuman-Plan ist keine geeignete Voraussetzung dieser Art.

Nun hat es schon, ehe die sowjetische Drohung und bevor das Problem der deutschen Integrierung in Westeuropa (man kann auch von den Versuchen sprechen, Deutschland in eine Zwangsjacke zu stecken), ehe dass beides also akut war, zwei echte Argumente für die Einigung Europas gegeben. Es sollten erstens die europäischen Kriege durch die Föderation unmöglich werden. Heute hat dieses Argument an Bedeutung verloren: Im Zeitalter der Atombombe und der beider Supergrossmächte ist ein neuer Krieg der Westeuropäer untereinander nur noch im Auftrage und mit Deckung einer der beiden Weltmächte denkbar.

Aber das zweite Argument behält seinen vollen Wert. Die europäischen Nationen zahlen für die Abschliessung ihrer Wirtschaftsgebiete gegeneinander den Preis unnötiger Armut. Die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes würde es erlauben, im Verhältnis zu den USA aus der demütigenden Rolle des Almosenempfängers herauszukommen, wobei es sich freilich nicht um eine Gleichberechtigung und eine übergeordnete Interessengemeinschaft vortäuschende Konstruktion, wie es bei der Montan-Union der Fall ist, handeln darf. Die echte und ehrliche Einheitlichkeit des Wirtschaftsgebietes schliesst freilich manche Konsequenzen ein - nicht nur die Freiheit der Bewegung der Person, sondern auch die Freizügigkeit, die Rechtsangleichung, die Angleichung der Sozialpolitik und der Steuerpolitik.

Politische Föderationen, wenn sie fest und dauernd sein sollen, haben diese wirtschaftliche Basis zur Voraussetzung. Die souveränen deutschen Kleinstaaten des vergangenen Jahrhunderts schlossen sich im Zollverein zusammen, ehe die politische Föderation im Norddeutschen Bund und im Reich zustande kam. Die Gründung des amerikanischen Bundesstaates im 18. Jahrhundert hatte die wirtschaftliche Einheit der bis dahin als englische Kolonien existierender Staaten zur Voraussetzung. Die Gründung der Deutschen Bundesrepublik im Jahre 1949 war verhältnismässig leicht, weil die föderierten Länder ein einheitliches Wirtschaftsgebiet - zu allen übrigen günstigen Voraussetzungen der gemeinsamen Sprache und Tradition - besaßen.

Die heutigen europäischen Föderalisten gleichen dem Hegelianer, der die Welt aus dem Begriff entstehen lässt: der Begriff des europäischen Bundesstaates wird in einer Bundesverfassung definiert, dieser Definition hat die Wirklichkeit dann gefälligst zu folgen. Manche von ihnen sind nicht nur Illusionisten, sondern auch unaufrecht, denn wenn man von ihnen auch nur einen kleinen wirklichen

Teil von dem verlangt, was ihr "Begriff" einschliesst, z.B. eine Zollsenkung, eine Postunion, die Abschaffung des Visums, dann kommt das Nein, das diese Unaufrichtigkeit enthüllt.

Im Wust der Strassburger Reden und Entschliessungen ist nur wenig gewesen, was der Arbeit an den Fundamenten dienen könnte. Das Beachtlichste blieb unbeachtet: Es wurde eine Empfehlung für eine gemeinsame Politik zur Senkung der Zollschranken in Europa angenommen. Wie gross die Schwierigkeiten und die Widerstände sind, zeigt sich an der Bescheidenheit des Vorgeschlagenen: Die Teilnehmerstaaten sollen sich verpflichten, nach einiger Zeit keine Zölle über 35% zu erheben; bei Rohstoffen sollen sie nicht über 5%, bei Halbfabrikaten nicht über 15% und bei Fertigprodukten nicht über 25% gehen. Fernziel der Konvention soll die Zoll-Union sein. Alle Staaten, auch nichteuropäische, sollen sich an ihr beteiligen können.

Zu einer sentimentalen Europa-Begeisterung taugen diese (und andere) nüchternen und bescheidenen, aber sehr ernst zu nehmenden Vorschläge nicht. Aber mit wehmütigen Klagen oder klingendem Pathos kann man Europa nicht bauen. Die besseren Europäer werden die sein, die dem Versuch der Erpressung mit dem Russenschreck und der Fixierung der gegenwärtigen Schwäche Deutschlands in pseudo-europäischen Verträgen widerstehen und die bereit sind, für das Haus Stein auf Stein zu setzen, vom Fundament her.

+ + +

#### Babylonische Begriffsverwirrung

(Die Auseinandersetzung in der badischen CDU)

Sch., Baden-Baden

Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, dass das sehr allgemeine Bekenntnis zu christlichen Grundsätzen als programmatisches Fundament einer politischen Partei nicht genügt, dann wäre er in den letzten Tagen im deutschen Südwesten erbracht worden. Konnten die inneren Spannungen, die seit langem insbesondere in der CDU Südbaden herrschten, während des Wahlkampfes um den Südweststaat noch notdürftig verkleistert werden, so haben sie sich unmittelbar danach mit jäher Plötzlichkeit entladen.

Südbaden und Württemberg-Hohenzollern, die nun mit Württemberg-Baden zu einem Südweststaat vereinigt werden, waren als vorwiegend katholische Gebiete bisher unbestrittene Domänen der CDU. In beiden Landtagen verfügte die CDU über absolute Mehrheiten über alle anderen Parteien. Wenn daher die Mehrheit der CDU Südbadens so fanatisch für die altbadische Lösung eintrat, so dürfte nicht nur die vielberufene Heimatliebe beteiligt gewesen sein, sondern auch der Wunsch einer politischen Partei, sich so ungeschmälert wie möglich zu

Nun haben die Vorgänge unmittelbar nach der Abstimmung deutlich offenbart, dass es auch im Lager der Altbadener aufrichtige Demokraten und redliche Verlierer gibt. Wohleb stiess mit seinen Bemühungen, die Bildung eines Südweststaates womöglich auch nach der Volksabstimmung zu hintertreiben oder doch wenigstens zu verzögern, in seinem eigenen, ihm bisher so treu ergebenen und ausschliesslich aus CDU-Mitgliedern zusammengesetzten Kabinett auf ernste Schwierigkeiten. Um sich erneut die erforderliche Rückendeckung zu verschaffen, appellierte er an den erweiterten Landesausschuss der CDU Südbadens, der am vergangenen Wochenende ein wahres Ketzergericht über alle Abtrünnigen veranstaltete. Der südbadische Finanzminister Eckert, der nach<sup>der</sup> Abstimmung eine vernünftige und massvolle Haltung einnahm, wurde zum Rücktritt aufgefordert; gegen den Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung von Baden und Württemberg wurde sogar ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet, obwohl er selber dem Vorstand der CDU Südbadens angehört. Vor allem aber fasste der Landesausschuss den Beschluss, den Namen der Partei in "Badische Christlichdemokratische Union" umzuwandeln. Ob sich die Landesorganisation der CDU Nordbadens diesem Vorgehen anschliesst, muss sich noch entscheiden.

Damit ist das bisher schon reichlich buntscheckige Gemälde der gesamtdeutschen CDU um einige neue grelle Farben bereichert worden. Die Organisationsleitung müsste jetzt eigentlich logischerweise der Gesamtpartei den reichlich umständlichen Namen "CDU - BCDU - CSU" geben. Jedenfalls muss der bisher noch führende politische Partner im Bundeskabinett künftig nicht nur mit einer bayerischen, sondern auch mit einer badischen Spielart seiner Fraktion rechnen. Es ist übrigens nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich, dass Herr Wöckel mit seinem sturen Irredentismus dem Goetheschen Zauberlehrling gleicht, der die Geister, die er selber rief, nicht mehr los wird: in Freiburg ist der CDU bereits dieser Tage im Zentrum ein unter Umständen nicht ungefährlicher Konkurrent entstanden. Selten wohl hat eine engstirnige Kirchturms- und Stammtischperspektive die Chancen einer Partei, die gerade im Südwestraum weiterhin eine sehr massgebliche Rolle spielen könnte, so dumm und so gründlich verdorben.

Ein skandalöses Urteil

-----

(with) Hildesheim, im Dezember

Die ungemein milden Urteile in den Wolfenbütteler und Peiner Flaggenskandalen sind noch nicht verblasst, als in diesen Tagen wiederum von dem Hildesheimer Schwurgericht in einem Wiederaufnahmeverfahren gegen den ehemaligen Nazi-Ortsgruppenleiter von Sarstedt, Albert Rosin, ein Urteil gefällt wurde, das man getrost als einen Justizskandal bezeichnen kann.

Rosin war im Jahre 1949 wegen gemeinen Mordes an dem 17-jährigen ungarischen KZ-Häftling T i b o r zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Bereits damals erregte dieses milde Urteil bei einem grossen Teil der Bevölkerung berechtigten Unwillen, der Staatsanwalt hatte lebenslängliches Zuchthaus gefordert.

Worin bestand nun das "Verbrechen" des 17-jährigen Ungarn? Hier der aktenkundige Tatbestand des erstinstanzlichen Urteils:

Englische Bomber hatten den Hildesheimer Güterbahnhof in ein Chaos verwandelt, für dessen Beseitigung 500 Häftlinge aus dem berüchtigten KZ-Lager Belsen eingesetzt worden waren. Führer dieses Aufräumungskommandos war der ehemalige "Volkssturmführer" Rosin. Ihn wurde von einem unbekanntem ebenfalls zum Wachkommando gehörenden "Volkssturmann" der 17-jährige Tibor vorgeführt und der "Plünderung" beschuldigt. Die "Plünderung" bestand darin, dass Tibor zwei Gemüsekonserven an sich genommen hatte, die unter den Trümmern lagen, völlig verbeult und durch Brand stark beschädigt. "Knie nieder, du Hund, du mußt sterben!" so lautete das Standgerichts Urteil des Rosin. Mitleidlos, jeglichen menschlichen Empfindens bar, das Flehen des Jungen überhörend, zog R. kaltblütig seine Pistole und schoss den Knieenden nieder.

Diese Tat bezeichnete der Oberstaatsanwalt in der damaligen Verhandlung berechtigt als gemein und verabscheuungswürdig. Das Schwurgericht Hildesheim hat nun dieses an sich schon milde Urteil der Vorinstanz aufgehoben und Rosin "wegen Totschlags unter Zubilligung mildernder Umstände und voller Anrechnung

der Internierungs-, Untersuchungs- und Strafhaft zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt".

Wie ein Gericht einem Menschen, der sich nicht scheute, sein Opfer sechs Jahre nach dem Mord noch zu schmähen, mildernde Umstände

zubilligen kann, wird jedem menschlich und rechtlich Denkenden anerkennend bleiben. Rosin verstieg sich in der Schwurgerichtsverhandlung zu der Behauptung, der Häftling Tibor habe aus Habgier geplündert; denn T. habe es "bei seinem guten Gesundheitszustande" nicht nötig gehabt, sich die Büchsen anzueignen. Demgegenüber erklärte ein als Zeuge vernommener Reichsbahn-Oberinspektor, die Häftlinge seien so schwach und elend gewesen, dass er eine Beschäftigung überhaupt abgelehnt habe. Oder wurde die Behauptung des Rosin, die KZler hätten noch in Belsen von den gestohlenen Lebensmitteln gelebt und nur dadurch ihr Leben gerettet, als mildernder Umstand angesehen? Sollte etwa auch die Behauptung des R., er habe annehmen müssen, dass es sich um "Schwerverbrecher" handle, ausschlaggebend für die Zubilligung mildernder Umstände gewesen sein? Vielleicht gründen sich die mildernden Umstände aber auch auf die Tatsache, dass der Ermordete Jude war.

Uns will scheinen, dass sich weder durch das anmassende Auftreten Rosins vor Gericht noch durch seine Aussagen nach menschlichem Empfinden kein "mildernder Umstand" ableiten lässt. Dieses Urteil ist geeignet, das Vertrauen zur Justiz bei allen aufrechten Demokraten aufs tiefste zu erschüttern. Uns sind die "milden Urteile" vor dem dutzendjährigen Reich gegen Feinde demokratischer Staatsordnung noch in zu guter Erinnerung, durch die uniformierte Fememörder als nationale "Helden" glorifiziert wurden.

+ + +

Sternbilder

(sp) Die von uns vor einigen Tagen veröffentlichte Glosse über den Aufdruck eines Bildes in der illustrierten Zeitschrift "Stern" hat den heftigen Protest der Redaktion dieser Zeitschrift hervorgerufen. Wir hatten festgestellt, dass ein Foto mit dem Stern-Flugzeug über dem italienischen Katastrophengebiet insofern "korrigiert" war, als in eine bereits vorhandene Aufnahme des Überschwemmungsgebietes das Flugzeug nachträglich hineinkopiert worden war. Die Redaktion des "Stern" teilt uns dazu mit, dass die Montage aus "technischen Gründen" erfolgt sei, weil eine Aufnahme der Hilfsaktion von einem anderen Flugzeug aus nicht möglich war. Der Bericht im "Stern" sei trotz dieser Bildmontage fair, weil die Hilfsaktion mit dem Sternflugzeug doch tatsächlich stattgefunden habe.

Es liegt uns fern, die Hilfeleistung der Zeitschrift zu bezweifeln. Wir sind aber trotzdem der Meinung, dass in einem mit Fotos illustrierten Bericht dem Bild eine dokumentarische Beweiskraft eigen ist und dass es einer Fälschung gleichkommt, wenn man das als Dokument wirkende Foto mit technischen Mitteln ändert. Dass dies geschehen ist, wird auch durch die Tatsache nicht ausgeglichen, dass der "Stern" die Hilfsaktion durchgeführt hat.

Verantwortlich: Peter Raunau